

# Soziale Ungleichheit und Diversity – als Herausforderung für die öffentliche Verwaltung

Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“

Tagungsdokumentation vom 8. Juni 2017



## Grußwort von Karoline Linnert



**Karoline Linnert** (*Bündnis 90/Die Grünen*) ist Bürgermeisterin Bremens und Senatorin für Finanzen. Sie war lange Zeit Schirmherrin des Projektes: „ikö – interkulturelle Öffnung der bremischen Verwaltung“.

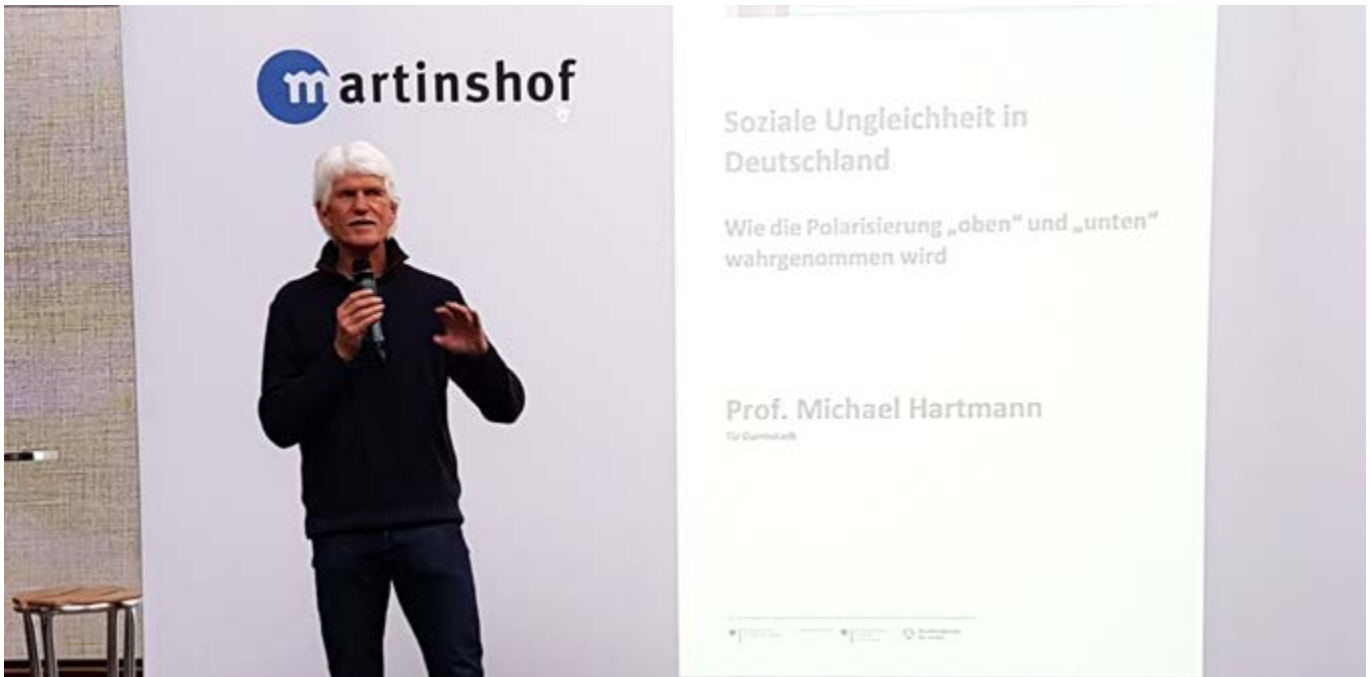
Die Schaffung von Chancengleichheit, so Linnert, sei ein zentrales und wichtiges Ziel bremischer Bemühungen, und Diversity Management dafür ein wichtiges Instrument innerhalb der Verwaltung. Die Bürgermeisterin sieht Bremen auf dem richtigen Weg, sie erinnert an die Ausbildungsinitiative „Du bist der Schlüssel“ und an die Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“.

Das Projekt „ikö“ sei ein weiterer wichtiger Meilenstein. Linnert zieht eine insgesamt sehr positive Zwischenbilanz dieses Projektes und der Kooperation mit der Wirtschafts- und Sozialakademie (wisoak): Ikö sei längst zu einer „anerkannten Marke“ in Bremen gereift. Die im Projekt ausgebildeten ikö-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren sensibilisierten ihre Kolleginnen und Kollegen für die Themen Interkulturalität und Diversity und trügen die Projektimpulse in die Breite der bremischen Verwaltung. Nach den Sommerferien beginne ein weiterer Ausbildungsgang zu Diversity Management.

„Eine wertschätzende Verwaltungskultur nach innen und außen sowie ein vorurteilsbewusster Umgang auch mit Menschen, die von Armut betroffen sind, ist besonders wichtig. Wir dürfen die Kluft nicht größer werden lassen und müssen die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe verbessern.“

Karoline Linnert, Bürgermeisterin Bremens und Senatorin für Finanzen

Die Teilhabechancen zu verbessern sei aber nicht als Wohltat gegenüber Armen misszuverstehen. Sie erhoffe sich vom heutigen Austausch und von der Reflexion wichtige Anregungen für künftiges Verwaltungshandeln. „Diskriminierung beginnt immer im eigenen Kopf.“



### Keynote von Prof. Michael Hartmann:

Soziale Ungleichheit in Deutschland. Wie die Polarisierung „oben“ und „unten“ wahrgenommen wird.

**Michael Hartmann** war bis 2014 Professor für Soziologie an der TU Darmstadt. Im Mittelpunkt seines wissenschaftlichen Interesses stehen die Themen soziale Ungleichheit und Eliteforschung. Auch im Ruhestand setzt Hartmann sich unermüdlich für die öffentliche Thematisierung und Bearbeitung sozialer Ungleichheit in Deutschland ein.

Hartmann wirft zunächst einen kritischen Blick auf die beiden Pole sozialer Ungleichheit in unserer Gesellschaft: So sei das Vermögen der besonders Reichen im letzten Jahrzehnt bemerkenswert stark angestiegen. Gleichzeitig habe die Zahl armer oder von Armut bedrohter Menschen stark zugenommen.

Prägnante Beispiele: Es gebe heute viel mehr obdachlose Menschen, und auch die Kinderarmut wachse kontinuierlich. Hartmann kritisiert dabei ausdrücklich die blinden Flecken in der politischen Debatte: „Bestimmte Aspekte fallen in der öffentlichen Diskussion unter den Tisch.“ Zumeist basierten Aussagen über das Ausmaß

sozialer Ungleichheit auf Statistiken, die eben diese Veränderungen an den Polen sozialer Ungleichheit nicht abbildeten. Das habe auch methodische Ursachen: „Die wirklich Reichen lassen sich nicht befragen.“ Seit der Jahrtausendwende zeigten sich in der Relation der Einkommensgruppen zueinander drei gravierende Veränderungen: starke Zunahmen am oberen und unteren Ende der Einkommensverteilung sowie eine Ausdünnung in der Mitte. Die oberen 10 Prozent hätten im letzten Jahrzehnt 17 Prozent real an Einkommen gewonnen, die unteren 10 Prozent aber 14 Prozent verloren, verdeutlicht Hartmann.

„Eigene Anstrengung lohnt sich kaum, so die weit verbreitete Auffassung der Unter-35-Jährigen im unteren Einkommensdrittel. Armut verfestigt sich auf diese Weise und wird auf die nächste Generation übertragen.“

Michael Hartmann, Professor für Soziologie

Die soziale Schräglage zeige sich auch im Steuersystem. Viel zu selten gerate dabei die Wirkung indirekter Steuern in den Blick. Erhöhe man z.B. die Mehrwertsteuer, würde dies den Lebensstandard der unteren Einkommensgruppen wesentlich härter treffen. Die ärmeren 10 Prozent der Bevölkerung verlören 25 Prozent ihres Einkommens durch indirekte Steuern, die reichen 10 Prozent aber nur 6 Prozent.

Dies werde in der öffentlichen Debatte kaum thematisiert. Die gesellschaftspolitische Brisanz zeige sich in den Lebenseinstellungen und im Wahlverhalten der Menschen. So hätten 80 Prozent der Unter-35-Jährigen im unteren Einkommensdrittel nicht das Gefühl, ihren Lebensweg durch die eigene Leistung positiv beeinflussen zu können. Das Leben, so die dort weit verbreitete Wahrnehmung, gleiche einer Lotterie. Es gäbe Gewinner und Verlierer. Eigene Anstrengung lohne sich kaum. Armut, so Hartmann weiter, verfestige sich auf diese Weise und werde auf die nächste Generation übertragen.

Im Unternehmerlager sei eine andere Wahrnehmung vorherrschend und bemerkenswert: Der Staat entziehe diesem das hart verdiente Geld und haushalte damit nicht vernünftig. Deshalb sei dem Staat grundsätzlich zu misstrauen, und die Forderung nach Steuersenkungen werde dort gebetsmühlenartig wiederholt.

Auch in Politik und Politikbetrieb sei deutlich erkennbar, dass bei der Entscheidungsfindung die soziale Herkunft prägender sei als die Parteizugehörigkeit. „Fünf von zehn Spitzenpolitikern stammen aus den oberen vier Prozent der Bevölkerung.“ Sie seien geprägt durch eine große Distanz und Skepsis gegenüber dem unteren Drittel der Gesellschaft. „In unserer Gesellschaft finden die Enden nicht mehr zusammen. An einem Ende sitzen die, die die Entscheidungen treffen, und am anderen Ende die, die damit leben müssen“, so Hartmann.

Mit Blick auf den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft müsse auf das Problem und die Folgen sozialer Ungleichheit immer wieder öffentlich hingewiesen und „von unten“ Druck erzeugt werden – damit die Schere zwischen Arm und Reich sich nicht weiter öffne.



Prof. Hartmann hat frei gesprochen, es gibt kein Manuskript. Viele seiner Vorträge zum Thema „Arm und Reich“ finden sich im Internet, siehe z.B.: <https://www.youtube.com/watch?v=uHVVY3KTGUQ>



## Podiumsgespräch

Die Gesprächsteilnehmenden von links nach rechts: **Dr. Asmus Nitschke** (Tagungsleitung), **Fuat Kamçılı** (Moderation), **Dr. Petra Kodré**, **Thomas Schwarzer**, **Martin Lühr**, **Joachim Barloschky**, **Thorsten Armstroff**, **Prof. Michael Hartmann**.

### Dr. Petra Kodré

„Auf Bundesebene ist das Thema soziale Ungleichheit nicht wirklich präsent“, so Kodré. Bremen wolle und fordere Lösungen, habe aber – als Haushaltsnotlageland – selbst nur wenig Handlungsspielraum. Verbesserungsmöglichkeiten gäbe es in der Verwaltung sicherlich bei der Bündelung von Zuständigkeiten und Leistungsbereichen. So seien z.B. in der „Fachstelle Wohnen“ positive Effekte dadurch erzielt worden, dass die Leistungsbereiche für straffällige und drogenabhängige Menschen zusammengefasst wurden. Wichtig sei insgesamt ein verständnisvoller Umgang mit in Armut geratenen Bürgerinnen und Bürgern und die ständige Reflexion der eigenen Rolle als Verwaltung. Leitlinie: „möglichst viel Teilhabe ermöglichen“. Als positives Beispiel nennt Kodré das Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WIN)“.

“ *Wichtig ist vor allem die ständige Reflexion der eigenen Rolle als Verwaltung.* “

Dr. Petra Kodré

### Thomas Schwarzer

Ziel müsse es sein, einen „sozialen Ausgleich“ zu schaffen und langfristig „eine aufholende Entwicklung“ in Bremen in Gang zu setzen, betont Schwarzer. In Bremen würden zwar Mittel für benachteiligte Stadtteile vergeben. Der Trend, dass das untere Einkommensdrittel weiter wachse, sei aber ungebrochen. Jede vierte Person in Bremen lebe bereits in Armut bzw. sei von Armut bedroht. „Das kann man nicht schönreden“, so Schwarzer.

“ *Es ist ohne Frage viel Leben und Optimismus in den Quartieren feststellbar.* “

Thomas Schwarzer

Die neue „Fördern-und-Fordern-Agenda“ sowie die Abkehr von einer Arbeitsmarktpolitik, die auf dem Recht auf Arbeit fuße, zeigten negative Auswirkungen – für die Betroffenen wie für die Verwaltungsmitarbeitenden. Da die Integration langzeitarbeitsloser Menschen in den ersten Arbeitsmarkt sehr schwierig sei, sei auch eine reine Erfolgsmessung von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten an diesem Kriterium eher unsinnig. Man müsse Möglichkeiten einer anderen Selbstbetrachtung

## Gesprächsteilnehmende

**Dr. Petra Kodré** leitet die Abteilung „Soziales“ bei der Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport und ist dort auch zuständig für Strategien gegen Wohnungslosigkeit und Altersarmut.

**Thomas Schwarzer** ist Referent für kommunale Stadtpolitik und Stadtkultur bei der Arbeitnehmerkammer Bremen.

**Joachim Barloschky** ist Lehrbeauftragter an der Hochschule Bremen und Sprecher des Bremer Aktionsbündnisses „Menschenrecht auf Wohnen“. Er war bis 2011 Quartiersmanager im Stadtteil Osterholz-Tenever – also auf Seiten der öffentlichen Verwaltung tätig.

**Martin Lühr** von der Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürgerinnen und Bürger e.V. (AGAB) berät und begleitet erwerbslose Menschen.

**Thorsten Armstroff** ist Referatsleiter beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und zuständig für ESF-geförderte sowie beschäftigungspolitische Programme.

**Prof. Michael Hartmann** (Siehe Seite 2)

Moderation: **Fuat Kamçılı**, Referent für Diversity Management im Aus-und-Fortbildungszentrum für den bremischen öffentlichen Dienst.

schaffen und arbeitsmarktpolitische Instrumente so ausrichten, dass der gesellschaftlichen Exklusion von besonders benachteiligten Personengruppen (Alleinerziehenden, Menschen mit Migrationshintergrund, Langzeitarbeitslosen) entgegengewirkt werde. Das Programm „LAZLO“ zeige, dass man Betroffenen durchaus eine neue Perspektive geben könne. Besonders wichtig sei es aber, schon „bei den Kindern anzusetzen“ und den Kita-Ausbau voranzubringen. Und hier sei die Landesregierung zuvorderst gefordert.

### Joachim Barloschky

Barloschky wendet sich an die Tagungsgäste mit dem Appell, sich gegen die Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst zu wehren. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich zeige sich auch in einer Spaltung in reiche und arme Quartiere und habe fatale Auswirkungen auf viele Lebensbereiche der Menschen. Beschäftigte im öffentlichen Dienst und Sozialarbeiter müssten die unterschiedlichen Lebenslagen stärker wahrnehmen und ihre Ermessensspielräume nutzen. „Man darf Dinge nicht hinnehmen, wie sie sind!“, so Barloschky. Die dringend notwendigen Sanierungen in Tenever zum Nutzen der dort lebenden Menschen hätten nicht erfolgreich durchgesetzt werden können, wenn es keine Bewegung und keinen politischen Druck von unten gegeben hätte. Eine Re-Kommunalisierung von Wohnraum in Bremen sei dringend notwendig. Auf diese Weise könne den allenthalben eingeforderten demokratischen Werten

Partizipation und Menschenwürde in der Wohnungspolitik wieder mehr Geltung verschafft werden.

”

*Man darf Dinge nicht hinnehmen, wie sie sind!*

Joachim Barloschky

”

### Martin Lühr

Pro Jahr berate die AGAB rund 4.000 Menschen – mit extrem unterschiedlichen Erwerbsbiografien. Der arbeitsmarktpolitische Aktivierungsansatz der letzten Jahre habe Widerstand hervorgerufen und so auch zu mehr Partizipation beigetragen. Nicht bei allen Mitarbeitenden des Amtes für Soziale Dienste seien in Bezug auf die Auswirkungen sozialer Ungleichheit ausreichend Fachkompetenzen vorhanden. „Daher versuchen wir durch Beratung, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten“, so Lühr. Die öffentliche Verwaltung müsse sich aber natürlich an die politischen Vorgaben halten. Als Beispiel nennt Lühr die Entscheidung der Innenministerkonferenz, für die Ausstellung von Ausweispapieren Gebühren in Höhe von 28,80 € auch von „SGB-II-Empfängern“ zu verlangen – und Bedürftigkeit nur noch in begründeten Ausnahmefällen zu akzeptieren. Für die Einzelfallprüfung sei in Bremen eigentlich das Stadtamt zuständig. Immer wieder aber würden Mandanten in dieser Frage ans



Jobcenter verwiesen – obschon es dafür keine Grundlage gebe. Betroffene müssten auf diese Weise zusätzlich überflüssige und erfolglose Behördengänge in Kauf nehmen.

“ *Zuständigkeiten könnten und sollten in der Verwaltung besser gebündelt werden.* “  
Martin Lühr

Grundsätzlich kritisiert Lühr die Intransparenz und die Komplexität der Verwaltungsverfahren. Die Amtssprache sei für viele Menschen eine zu hohe Barriere. Zuständigkeiten könnten und sollten in der Verwaltung besser gebündelt werden. Und die Bürgerinnen und Bürger müssten auch besser darüber aufgeklärt werden, dass und wie sie Widerspruch gegen Bescheide und Entscheidungen der Behörden einlegen können: „Das wichtigste Instrument ist daher: richtige Beratung!“

### Thorsten Armstroff

ist Referatsleiter beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und zuständig für ESF-geförderte und beschäftigungspolitische Programme. Armstroff erinnert an das in der Verfassung verbrieftete Recht auf Arbeit und an das Ziel, dass Menschen eigentlich auch vom Lohn ihrer Arbeit leben können müssten. Um dem gerecht zu werden, müsse versucht werden, mit Hilfe bestimmter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen die verschiedenen bedürftigen Zielgruppen zu erreichen. Es sei aber zu beobachten, dass gut gemeinte Kampagnen häufig mit sehr stereotypen Darstellungen und Inhalten operierten und die Lebenswelt von armen Bürgerinnen und Bürgern gar nicht widerspiegeln. Das Thema Armutsbekämpfung werde insgesamt noch zu wenig fokussiert. „Dahinter steckt sicherlich kein böser Wille“, meint Armstroff. Aber über Bilder und Begriffe würden auch bestimmte Botschaften transportiert, und darüber müsse man sich klar sein. Kampagnen und Programme müssten auf diese Fragen hin überprüft werden.

“ *Das Thema Armutsbekämpfung wird insgesamt noch zu wenig fokussiert.* “  
Thorsten Armstroff

### Prof. Michael Hartmann

betont, die zweifelsohne vorhandenen Handlungsspielräume im Verwaltungsalltag zu nutzen, bedeute für das Verwaltungspersonal in der Praxis sehr häufig: sich mehr Zeit nehmen zu müssen, mehr Arbeit zu haben und auch mit Ärger rechnen zu müssen. Personalkürzungen täten ihr Übriges. Bremen sei politisch – wie andere Großstädte – in besonderer Weise gefordert. Aber auch Bremen sei natürlich in der Lage, die Öffentlichkeit für die Problematik der sozialen Ungleichheit stärker zu sensibilisieren. „Die Kluft zwischen Arm und Reich hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. Die Politik spricht immer von Chancengerechtigkeit. Ich finde das verheerend. Es geht um Chancengleichheit. Das ist ein großer Unterschied!“



Intermezzo



Die Fotos auf dieser Seite stammen aus Szenen des Musicaltheaters „Wir kommen in Frieden“, die Anne Kauhanen mit Jugendlichen aus Gröpelingen und Oslebshausen aufführt.

Nach der Mittagspause präsentiert Dominika Pioskowiak ihre künstlerische Intervention, einen „Nummer-Zieh-Automat“; er dokumentiert die Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten mit Behörden.

Zum Ausklang wird eine „O-Ton-Collage“ (MP-3) von Mirjam Steger eingespielt. Das Thema: Armut in Bremen. Sie hatte Bremer Bürger und Bürgerinnen befragt, was Armut für sie bedeute – und was sie sich wünschten, wenn sie drei Wünsche frei hätten. Die Antworten stimmen nachdenklich.



Am Nachmittag bieten **fünf verschiedene Foren** Raum für die Vertiefung ausgewählter Fragestellungen – mit Blick auf die Wirkungsmächtigkeit sozialer Ungleichheit im Verwaltungsalltag, in ausgewählten Handlungsfeldern. Ziel ist es, Handlungsbedarfe zu identifizieren.

## Forum 1: Kinderarmut – Symptome, Handlungsansätze

Mit Inputs von **Daniel Frömbgen** (Kindheitswissenschaftler; sein Vortrag kann beim Veranstalter als pdf angefordert werden) und **Dr. Heidemarie Rose** (Abteilungsleiterin bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport), moderiert von **Sewita Mebrahtu** (Arbeit und Leben e.V.).



Trotz guter Wirtschaftslage leben in Deutschland immer mehr Kinder in Armut, in Bremen nahezu jedes dritte Kind. Kinderarmut ist immer auch familiäre Armut. Wenn in der Familie das Geld knapp ist, sind Kinder in ihren Entwicklungschancen beeinträchtigt. Wer für das Thema Kinderarmut sensibilisieren möchte, muss daher die besondere Situation von Familien in prekären Lebenslagen in den Blick nehmen, namentlich die von Alleinerziehenden, Menschen mit Migrations- oder Fluchtbiografie u.a. Mitarbeitende in Kitas haben tagtäglich mit den unterschiedlichsten Symptomen von Kinderarmut zu tun.

### Zentrale Punkte

Da sie quasi die ersten Instanzen sind, die der Kinderarmut wirksam und nachhaltig begegnen können, ist es besonders dringlich, Kitas besser auszustatten und ihre Vernetzung mit anderen Familienunterstützungssystemen zu verbessern. Aber beim Thema Kinderarmut sind neben den Ressorts Soziales und Bildung auch andere öffentliche Verwaltungszweige gefordert wie z.B. die für Stadtentwicklung (Stichwort Segregation), sozialen Wohnungsbau (Beispiel Schadstoffbelastung) oder für Gesundheitsfragen zuständigen Behörden und Einrichtungen.

“ *Kitas müssen besser ausgestattet und ihre Vernetzung mit anderen Familienunterstützungssystemen verbessert werden.* ”

Forum 1: Kunderarmut – Symptome, Handlungsansätze



## Forum 2: Jugendliche und Partizipation im Stadtteil

Mit einem Input von **Mutlu Ersan** (VAJA e.V.), moderiert von **Aykut Tasan** (Stadtteilmanagement Schweizer Viertel).



Im Schweizer Viertel, einem Bremer Quartier mit rund 8.000 Einwohnern im Osten der Stadt, ist die Kinder- und Jugendarmut mit über 50 % fast doppelt so hoch wie im städtischen Durchschnitt, und ist vielfach verfestigt. VAJA, ein Verein für akzeptierende Jugendarbeit, kümmert sich vor Ort um betroffene Jugendliche. Der Erfahrungsaustausch mit den Teilnehmenden des Workshops unterstreicht: Gefragt ist vor allem ein „bedarfsorientierteres“ Dienstleistungsangebot der öffentlichen Hand, das den Lebenslagen und Erfahrungswelten ebendieser Jugendlichen gerechter wird.

Ein Wechsel der Perspektive – aus Sicht der Betroffenen und der Jugendsozialarbeit – zeigt, was damit konkret gemeint ist und woran es oft mangelt. So kann z.B. stundenlanges Warten in einer Behörde das Gefühl nähren, ohnehin nicht gebraucht und nicht ernst genommen zu werden, Behördengänge stellen deswegen eine besonders große Herausforderung dar; häufig werden auch Termine vergessen, weil das entsprechende „Selbstmanagement“ oder die

Erinnerung durch Eltern fehlen (Abhilfe könnten Erinnerungen per social media schaffen); bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz müssen Jugendliche aus armutsbelasteten Familien eine besonders hohe Frustrationstoleranz aufweisen, die aber häufig nicht ausgebildet ist – und die weiter sinkt, wenn die Ansprache im Jobcenter oder in der Agentur für Arbeit als voreingenommen und entmutigend wahrgenommen wird; auch werden die durch die Jugendsozialarbeit geleisteten Aktivierungserfolge auf diese Weise konterkariert.

### Zentrale Punkte

Grundsätzlich ist eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der beteiligten Behörden, Verwaltungszweige und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe im Sinne der Bekämpfung verfestigter Armutsverhältnisse vonnöten, dies besonders mit Blick auf die Gestaltung der zentralen Übergänge vom Kindergarten in die Schule und von der Schule in Ausbildung und Beruf.

” *Bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der beteiligten Behörden, Verwaltungszweige und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.* “

Forum 2: Jugendliche und Partizipation im Stadtteil

### Forum 3: Analphabetismus unter Erwachsenen

Mit einem Input von **Susanne Achenbach** (Arbeitnehmerkammer Bremen; ihr Vortrag kann beim Veranstalter als pdf angefordert werden), moderiert von **Norbert Stenken** (AFZ).



In Deutschland gelten mehr als 7 Mio. Erwachsene als funktionale Analphabeten, sie können nicht richtig lesen und schreiben. Auch wenn fast 60 % von ihnen erwerbstätig sind: Sie tragen ein höheres Armutsrisiko, ihre gesellschaftliche und soziale Teilhabe ist eingeschränkt, und Analphabetismus zementiert soziale Ungleichheit. Eine besondere Herausforderung für Analphabeten: das stark durch Schriftsprache geprägte Verwaltungshandeln.

#### Zentrale Punkte

Die Publikation der Bremer Bildungssenatorin „Alphabetisierung für Beschäftigte. Informationen für Betriebe, Führungskräfte, Kolleginnen und Kollegen“ und die bundesweite Kampagne „Nur Mut!“, die Analphabeten ermutigen soll, lesen und schreiben zu lernen, sind erste Schritte, das Thema zu enttabuisieren. Weitere müssen folgen. Positives Beispiel für den Abbau von strukturellen Hürden im Umgang mit Analphabetismus: das Berliner „Alpha-Siegel“. Die Auszeichnung wird Einrichtungen verliehen, die konkrete, handfeste und nachweisbare Erleichterungen für betroffene Bürgerinnen und Bürger geschaffen haben.

(<http://grundbildung-berlin.de/alpha-siegel/>)

” *Publikationen der Bremer Bildungssenatorin sind erste Schritte, um das Thema Analphabetismus zu enttabuisieren.* ”

Forum 3: Analphabetismus unter Erwachsenen

## Forum 4: Arbeit finden – Hürden, Hilfen

Mit Inputs von **Thorsten Armstroff** (Referatsleiter beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen) und **Jens Fleigl** (Schulsozialarbeiter), moderiert von **Leander Muskalla** (freiberuflich tätig).



Die größte arbeitsmarktpolitische Herausforderung für Bremen besteht darin, die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. In Bremen stagniert die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit vielen Jahren auf einem im Bundesvergleich überproportional hohen Niveau. Die Chancen, auf dem Bremer Arbeitsmarkt eine Anstellung zu finden, tendieren für die Betroffenen laut Aussagen der Arbeitnehmerkammer Bremen „nicht nur sprichwörtlich, sondern auch tatsächlich“ gegen null.

Erwerbslosigkeit, vor allem Langzeitarbeitslosigkeit, wird in der Bevölkerung wie von den einzelnen Betroffenen vielfach als persönliches Versagen wahrgenommen. Gegenstrategien müssen daher die Gefahr individueller Stigmatisierung in den Blick

nehmen und deutlich machen, dass es sich um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung handelt. Selbst gut ausgestattete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erreichen zuweilen nicht ihr Ziel, da es häufig nicht gelingt, Menschen in prekären Lebenslagen richtig anzusprechen.

### Zentrale Punkte

Niedrigschwellige Zugänge, z.B. mittels verständlicher Sprache, aber auch auf dem Wege der Nutzung sozialer Netzwerke in Stadtteilen, könnten hier Abhilfe leisten und bedürfen der kontinuierlichen Weiterentwicklung. Sinnvoll sind zudem Beratungs- und Begleitungsangebote, die sich an den Grundätzen des Empowerments orientieren und individuelle Bedarfslagen stärker als bislang berücksichtigen.

“ *Niedrigschwellige Zugänge, z.B. durch verständlichere Sprache oder Nutzung sozialer Netze, können Abhilfe leisten.* ”

Forum 4: Arbeit finden – Hürden, Hilfen

## Forum 5: Altersarmut – das Zukunftsthema?

mit Inputs von **Dr. Magnus Brosig** (Arbeitnehmerkammer Bremen; sein Vortrag kann beim Veranstalter als pdf angefordert werden) und **Sabine Nowack** (Referatsleiterin bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport; ihr Vortrag kann beim Veranstalter als pdf angefordert werden), moderiert von **Christina Stein** (freiberuflich tätig).



schen, im Alter zu verarmen), ist eng verknüpft mit der Krise unseres Renten- und Grundsicherungssystems. Besondere Altersarmutsrisiken aber sind Pflegebedürftigkeit und „Teilhabe-Armut“. Letztere resultiert aus „altersbedingten“ Variablen (bzw. ihrem Zusammenspiel): sinkendes Einkommen, allmählich schrumpfende soziale Netzwerke und zunehmende Einsamkeit, wachsende gesundheitliche Einschränkungen und abnehmende Mobilität.

Altersarmut ist eine ernstzunehmende und wachsende Herausforderung für Gesellschaft, Politik und Verwaltung – auch wenn sie aus Sicht der Armutsbekämpfung, bezogen auf das Ausmaß, zurzeit nicht das Hauptproblem darstellt. Als besonders bedroht von Altersarmut gelten allgemein: Alleinerziehende, Alleinstehende, Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen, Eingewanderte. Das Thema Altersarmut (besser: die Sorge vieler Men-

### Zentrale Punkte

Die öffentliche Verwaltung könnte betroffenen älteren Menschen effizienter und effektiver helfen, wenn deren Anliegen an den Übergängen zwischen den Zuständigkeiten von Soziales, Bau, Gesundheit usw. ressortübergreifend bearbeitet würden. Hierfür müssten die jeweiligen Hausspitzen sich verständigen und eine verbindliche, kontinuierliche Zusammenarbeit initiieren, z.B. in Form eines regelmäßig tagenden Arbeitskreises.

“*Die Hausspitzen müssen ressortübergreifend verbindliche und kontinuierliche Zusammenarbeit initiieren.*”

Forum 5: Altersarmut – das Zukunftsthema?

**IQ-Projekt „ikö-diversity“**  
Projektträger: WISOAK  
c/o Dr. Asmus Nitschke  
Bertha-von-Suttner-Str. 17  
28207 Bremen  
a.nitschke@wisoak.de

**Text, Fotos:**  
Nina Lammermann,  
Asmus Nitschke

**Satz, Gestaltung:**  
grafik-zentrale

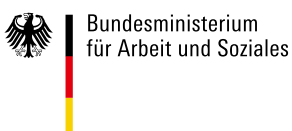
**wisoak**  
Wirtschafts- und Sozialakademie  
der Arbeitnehmerkammer Bremen



**AFZ** | **Aus- und Fortbildungszentrum**  
wir bilden zukunft | für den bremischen öffentlichen Dienst

**Die Senatorin für Finanzen**  **Freie Hansestadt Bremen**

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.



In Kooperation mit:

